

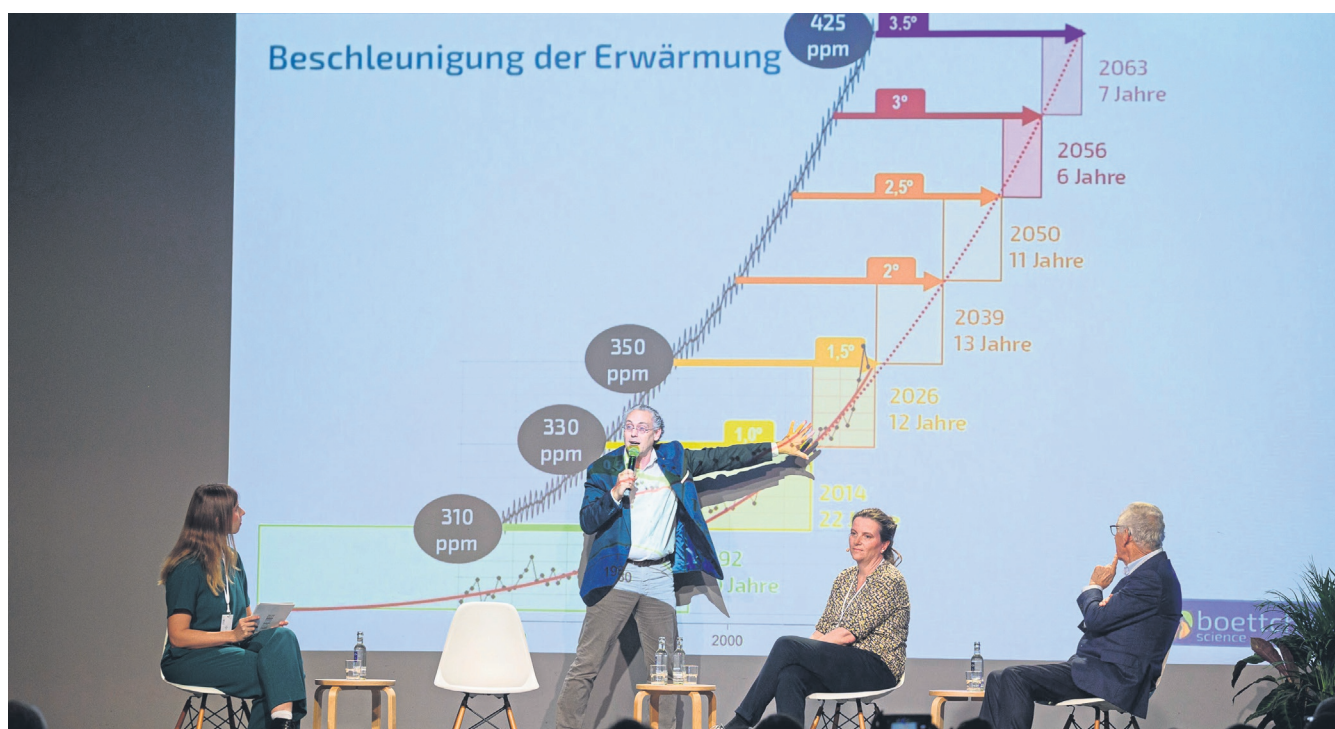


ZEIT WISSEN KONGRESS 2026

MUT ZUR NACH — HALTIGKEIT

Das war der
**ZEIT WISSEN
Kongress am
9. September
in Berlin**

Zukunft. Sicher. Gestalten.



Initiativpartner



ZEIT WISSEN



Linda Kastrup
Sprecherin Fridays for Future Deutschland
»Ein Gespräch über Nachhaltigkeit sollte den Menschen einen Gedankenanstoß geben: das eigene Leben und die eigenen Entscheidungen zu reflektieren – aber nicht nur zu fragen: Wieviel konsumiere ich? Sondern auch: Wo setze ich mich politisch ein und was kann ich in der Gesellschaft bewirken, weit über mein persönliches Handeln hinaus?«



Carsten Schneider
Bundesumweltminister
»80 Milliarden Euro deutsches, erarbeitetes Geld gehen jedes Jahr ins Ausland für fossile Importe. Das können wir sehr gut in Deutschland einsetzen – durch erneuerbare Energien – und die Wertschöpfung hier behalten.«



Frank Böttcher
Meteorologe und Klimaexperte
»Jeder Einzelne von uns wird den Klimawandel ja nicht aufhalten. Was wir brauchen, sind politische Rahmenbedingungen, innerhalb derer wir durch unser Alltags-handeln unsere Lebensgrundlagen erhalten, statt sie zu zerstören.«

Ohne Aufklärung über den Ernst der Lage werden manche Politiker nicht den Mut haben zu handeln. Wir müssen alles daransetzen, die Menschen aufzuklären, und zwar über die wissenschaftlichen Fakten, was auf uns zukommt und über die ökonomische Seite, wie wir das Problem lösen können.

Klaus Wiegandt
Gründer der Stiftung
Forum für Verantwortung



Mitgründer »ZEIT WISSEN Kongress – Mut zur Nachhaltigkeit« und Stifter Forum für Verantwortung, Klaus Wiegandt

Die Verantwortung der oberen 10 Prozent

Wir stehen vor der wohl größten und herausforderndsten Transformation in der Geschichte der Menschheit. Unsere Zukunft ist existenziell vom Klimawandel, dem Verlust an Biodiversität sowie den begrenzten natürlichen Ressourcen bedroht – und dies mit einer völlig unzureichend informierten Weltbevölkerung. Gleichzeitig »vernebeln« multiple globale wie regionale Krisen unseren Blick auf diese existenziellen Probleme.

Um die Erderwärmung auf zumindest +2 °C zu begrenzen, bedarf es in den kommenden 25 Jahren global gigantischer Investitionen in die Klimaschutz- und Klimaanpassungs-politik. Während der Corona-Krise investierten die Regierungen weltweit rund 12 Billionen US\$, um den wirtschaftlichen Abwärtstrend abzuwenden. Billionen wurden auch in der Finanzkrise 2008 investiert, um den Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu vermeiden. Für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens (1,5 °C-Ziel) wären zwischen 2015 und 2024 1,5 Billionen US\$ notwendig gewesen – hierzu waren die Regierungen jedoch nicht bereit.

In Deutschland wurden jahrzehntelang notwendige Ersatzinvestitionen in die Infrastruktur sträflich unterlassen und Zukunftsinvestitionen vernachlässigt. Die so ersparten Gelder landeten jedoch nicht in einem staatlichen »Julisturm«, sondern führten zu einem gigantischen Aufbau des Privatvermögens in der Hand Weniger. Bis 2025 stieg dieses auf 23,3 Billionen US\$ an, mit einem Anteil des Finanzvermögens von 12,4 Billionen US\$. Die oberen 10% der Bevölkerung halten

an den 23,3 Billionen rund 60%, während die untere Hälfte der Bevölkerung (ca. 41 Mio. Menschen) einen Anteil von nur 1,3% hält.

Die 5000 deutschen Superreichen (Vermögen über 100 Millionen US\$ pro Kopf) besitzen 27,3% des Finanzvermögens, dies sind 3,4 Billionen US\$. Vor diesem Hintergrund relativiert sich auch unsere Staatsverschuldung, die 2025 rund 2,9 Billionen € betrug. Die Vermögenskonzentration auf wenige Prozent der Bevölkerung und das gleichzeitige Anwachsen der Staatsverschuldung ist ein weltweites Problem. So besitzen in den USA die oberen 10% der Bevölkerung rund 80% am privaten Vermögen, die US-Staatsverschuldung ist auf 40 Billionen US\$ gestiegen.

Die notwendigen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaften, insbesondere in Klimavermeidungs- und Klimaanpassungspolitik, sind nun nicht mehr über die ordentlichen Staatshaushalte zu finanzieren. Es ist daher m. E. unausweichlich, dass in den Demokratien die gewaltigen Zukunftsinvestitionen sozialverträglich im Wesentlichen über eine kluge Erbschaftssteuer sowie eine neu einzuführende Finanztransaktionssteuer zu finanzieren sind. In Deutschland wären durch eine Reform der Erbschaftssteuer sozialverträglich jährlich zwischen 50 und 60 Mrd. € Mehreinnahmen zu erzielen, vorausgesetzt die Befreiung des Betriebsvermögens von der Erbschaftssteuer fiele weg. Da es im Wesentlichen um die Großvermögen geht, könnte man die ersten 5 Mio. € Betriebsvermögen steuerfrei lassen und zusätzlich jedem Bürger einen Freibetrag von 1 Mio. € gewähren. Mittelständler, denen Liquidität fehlt, die



Seit 15 Jahren für Aufklärung über den Klimawandel gemeinsam auf der Bühne des ZEIT WISSEN Kongresses: Klaus Wiegandt und Andreas Sentker

Erbschaftssteuer zu begleichen, könnten eine stille Beteiligung in entsprechender Höhe an einen Staatsfonds abtrennen, der dann an den jährlichen Gewinnen beteiligt wäre. Diese stille Beteiligung könnte dann jederzeit zu Marktpreisen zurückgekauft werden.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, 0,1% auf Aktien und Anleihen und 0,01% auf Spekulationen im Hochfrequenzhandel, würde heute zu 50 bis 60 Mrd. € Steuern führen. Betroffen wären davon etwa 10% der Bevölkerung, fühlbar betroffen jedoch nur weniger als 1% der Bevölkerung. Frankreich und Großbritannien haben diese Steuer bereits eingeführt.

Von allen notwendigen Schritten in der Transformationspolitik hat der Klimawandel höchste Priorität. Er schreitet noch schneller und intensiver voran als prognostiziert. Und es besteht die Gefahr, dass Kippunkte im Klimasystem überschritten werden – mit irreversiblen Folgen.

Die Politik weltweit ist daher in der Verantwortung, Maßnahmen mit großer Hebelwirkung unverzüglich in Gang zu setzen. Allen voran die naturbasierten Lösungen, wie Stopp der Regenwaldabholzung, Aufforstung von 350 Milliarden Bäumen in degradierten Regenwäldern, Wiedervernässung trockengelegter Weltmoore sowie signifikant veränderte Bau Traditionen (mehr Holz, weniger Beton). Langfristig könnte hiermit die globale Bilanz der jährlichen CO₂-Emissionen um bis zu 25% (rund 11 Mrd. Tonnen) verbessert werden.

Kurzfristig würden bei einem Stopp der Abholzung der Regenwälder jährlich zwischen 5 und 6 Mrd. Tonnen CO₂-Emissionen

reduziert (rund 11% der globalen Emissionen). Hierbei erwarten jedoch die Schwellen- und Entwicklungsländer, dass ihre Ertragsausfälle (Sojafuttermittel, Palmöl, Rindfleisch, Edelhölzer) kompensiert werden. Schätzungen belieben sich 2019 auf jährlich etwa 50 Mrd. US\$, heute wären 100 Mrd. US\$ sicherlich Anreiz genug, sie zu Verträgen über einen Stopp der Abholzung zu bewegen, was 20 US\$ pro Tonne CO₂ entspräche. Um vergleichbar in der globalen Wirtschaft 5 bis 6 Mrd. Tonnen CO₂ kurz- und mittelfristig einzusparen, müssten Preise pro Tonne CO₂ von 80 bis 150 US\$ angesetzt werden. Dies zeigt, dass die naturbasierten Lösungen äußerst preiswert, darüber hinaus sozialverträglich und zeitnah umzusetzen sind. Diese naturbasierten Lösungen sind in den vergangenen 20 Jahren an mangelnder Finanzierung gescheitert (u.a. »Bonn Challenge« und »New York Deklaration on Forests«).

Mein Fazit: In den Demokratien wird die Politik die Transformation der Gesellschaften in Richtung Zukunftsfähigkeit nur umsetzen können, wenn die große Mehrheit der Bevölkerungen nicht befürchten muss, dass dadurch weitere finanzielle Belastungen auf sie zukommen. Über eine Reform der Erbschaftssteuer und die Einführung der Finanztransaktionssteuer im Finanzsystem kann die Politik dies finanzieren und sozialverträglich ermöglichen.

Klaus Wiegandt
Stifter und Vorsitzender
des Kuratoriums
Forum für Verantwortung
www.forum-fuer-verantwortung.de

Die Aufgabe von Parlament und Regierung ist es, Zukunft sicher zu gestalten – und damit ist nicht die Zukunft bis zum nächsten Wahltermin gemeint.

Andreas Sentker
Geschäftsführender Redakteur DIE ZEIT und
Herausgeber ZEIT WISSEN

